



Jörg Nobis zur Kritik der Wohnungsunternehmen und -Eigentümer in Schleswig-Holstein an der SPD:

„Der SPD in der Wohnungspolitik Linkspopulismus vorzuwerfen, ist absolut angemessen“

Kiel, 11. September 2018 **Der Verband der norddeutschen Wohnungsunternehmen (VNW) und der Hausbesitzerverein „Haus & Grund“ haben die Forderungen der Bundes-SPD zur Wohnungspolitik scharf gerügt. Der Sprecher des Verbandes der Wohnungsunternehmen, der frühere SPD-Innen- und Bauminister Andreas Breitner bezeichnete die Politik der SPD als „Linkspopulismus“. Jörg Nobis, Vorsitzender der AfD-Fraktion, erklärt dazu:**

„Die Verbände der Wohnungsunternehmen und der Wohnungseigentümer haben die wohnungsmarktpolitische Linie der SPD zu Recht als Linkspopulismus gescholten. Denn Forderungen der SPD nach einer an die Inflation gekoppelten Obergrenze für Mieterhöhungen sind ebenso sozialistisch und lebensfremd wie der Vorschlag, die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentum zu begrenzen.

Die AfD hingegen fordert eine Wohnungspolitik, die vor allem jungen Familien nutzt und die insgesamt zu einer höheren Eigentumsquote beiträgt. Dazu braucht es zuerst eine deutliche Senkung der Grunderwerbssteuer im Land, diese ist im bundesweiten Vergleich immer noch auf dem höchsten Niveau. Aus Sicht der AfD sollte diese für selbstgenutzten Wohnraum sogar ganz abgeschafft werden.

Gleichzeitig müssen junge Familien günstiger Kredite erhalten. Arbeitnehmern ohne das nötige Eigenkapital kann die Investitionsbank Schleswig-Holstein als Kreditbürge zur Verfügung stehen.“

Weitere Informationen:

- **KN-Artikel „Streit um Mietenstopp“** vom 11. September 2018:

<http://www.kn-online.de/Nachrichten/Schleswig-Holstein/Streit-um-Mietenstopp-Breitner-wirft-SPD-Linkspopulismus-vor>